

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Hagen. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abdruck erteilt nur unter Übernahme der Kosten nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintrieb, od. Konfuzen hinsichtlich wird. Verfallsort: Altensteig. Geschäftsstand: Nagold. Preis: Die einpallige Seite oder deren Raum 10 Pf., die Reklamezeile 45 Pf. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge von Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Postfach-Nr. Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 237

Altensteig, Mittwoch den 28. September 1932

55. Jahrgang

Papen antwortet Herriot

Berlin, 27. September. Reichkanzler von Papen empfing den Chefredakteur des Wolff-Büros, der an den Herrn Reichkanzler die Frage richtete, ob er in der Sonntagrede des französischen Ministerpräsidenten eine Förderung der Abrüstungsdiskussion erblicke. Der Reichkanzler erwiderte u. a.:

Leider muß ich dies verneinen. Ich sehe darin nur eine neue Erschwerung jeder Verständigung und eine Bestätigung der völlig negativen Auslegung der französischen Note vom 11. September. Dazu kommt eine Reihe französischer Kundgebungen, die die Verhältnisse auf den Kopf stellen und die Debatte zu verschiedenen suchen. Daher stelle ich fest, es handelt sich nicht um die deutsche Abrüstung, sondern um die Einlösung des Abrüstungsversprechens der anderen Mächte. Von deutscher Abrüstung ist keine Rede, sondern von deutscher Gleichberechtigung und der gleichen Behandlung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz.

Wir verlangen jetzt dringend, daß die Abrüstungskonvention, auf die die Welt schon so lange hat warten müssen, auf uns ebenso anwendbar sei, wie auf alle anderen Staaten.

Unsere praktischen Forderungen, die sehr zu Unrecht als Aufrüstung verdächtig werden, belegen nichts anderes, als daß wir — selbstverständlich im Rahmen der Konvention — dieselbe Freiheit der Anpassung unserer Rüstungen an unsere sozialen und nationalen Bedürfnisse verlangen, die jedem anderen Staate zusteht. In Versailles vertrat man die These, daß gewisse Waffen, die uns damals verboten wurden, Angriffswaffen seien, heute will man sie zu Verteidigungswaffen erklären, uns aber nach wie vor verbieten, sie zu führen; uns also theoretisch die Gleichberechtigung versagen und praktisch das Recht auf Verteidigung einschränken.

Wir haben niemals verlangt, uns in demselben Umfange zu bewaffnen, wie dies Frankreich und andere Staaten tun. Wir erstreben den Rüstungspegel, den wir durch Senkung des allgemeinen Rüstungsstandes erreichen wollen.

Immer wieder haben wir erklärt, daß uns jede Rüstungsbeschränkung recht ist, wenn sie nur auf alle ausgedehnt wird, und daß uns in keiner Hinsicht die Abrüstungskonvention zu weit gehen kann. Die Rede von Gramat beweißt aber von neuem, daß man gewillt ist, mit zweierlei Maß zu messen. Trotz ihres geringen Umfanges soll die Reichswehr als Angriffswaffe gelten, alle Waffen sollen in unserer Hand als Angriffswaffen bewertet werden, während angeblich die gewaltige Wehrmacht anderer Länder lediglich der Verteidigung dient.

Auf die juristische Argumentation der französischen und der englischen Regierung will ich nicht eingehen, weil sie mir ganz unhaltbar erscheint.

Mit Erstaunen habe ich die Angaben über die angeblich so erhebliche französische Heeresverminderung gelesen. Frankreich hat gewiß einige Jahre nach dem Kriege seine Feldarmee demobilisiert. Was sonst in dieser Hinsicht geschah, ist weit weniger eine Abrüstung, als eine Umrüstung, die das Schwergewicht der französischen Heeresmacht in die Reserve und in das Material verlegt.

Zeugt es etwa von Abrüstung, daß die französischen Militärausgaben in sechs Jahren um 100 Prozent gestiegen sind?

Eine Anführung der französischen Präsenzstärke ist irreführend, weil der wahre Wert dieser gewaltigen Armee in ihren mobilisierbaren Reserven liegt und jeder Vergleich ist irreführend, der nicht berücksichtigt, daß Deutschland keinerlei mobilisierbare Reserven besitzt und lediglich auf seine Präsenzstärke angewiesen ist. Jeder militärische Geheulte weiß, daß heutzutage die Stärke einer Armee in ihrem technischen Kriegsmaterial begründet ist. Kein Aufstellen der französischen Heeresstärke kann als zutreffend angesehen werden, die die vielen Tausende schwerer Geschütze, Tanks, Flugzeuge und so weiter verschweigt.

Wenn der französische Ministerpräsident behauptet, daß man Kinder „die Kunst des Lötens“ lehre, überseht er völlig, daß gerade in Frankreich die militärische Jugendvorbereitung seit Jahren in großem Stil betrieben wird.

Davon abgesehen, wird nach wie vor jeder junge Franzose, der körperlich dazu tauglich ist, im Waffenhandwerk ausgebildet. Demgegenüber ist festzustellen, daß die sportliche Erziehung der deutschen Jugend gemäß der Verordnung vom 13. September keinerlei militärischen Charakter trägt und lediglich die sportliche Fortbildung und das kameradschaftliche Zusammenleben bezweckt.

Was wir fordern, ist niemals Aufrüstung auf den Rüstungsstand unserer Nachbarn, sondern Abrüstung in ganz Europa und in der Welt sowie Gleichbehandlung Deutschlands in den Methoden der Abrüstung und in der Bewertung der Rüstungsfaktoren.

Nur die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung kann die Entspannung zwischen den Völkern herbeiführen, die wir alle erstreben. Sie ist die Grundlage des Friedens und jener moralischen Abrüstung, von der so oft gesprochen wurde.

Ueberwachungsausschuß des Reichstages

Die Reichstagsbergänge vom 12. September — Der Kanzler als Zeuge

Berlin, 27. Sept. Die Dienstags-Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages in seiner Gehalt als Untersuchungsausschuß fand unter hartem Andrang der Öffentlichkeit statt. Die 16 Zuhörerarten, die insgesamt ausgegeben waren, waren schon Tage vorher vergriffen.

Vorsitzender L ö b e verliest zu Beginn nochmals den Beschluß des Ausschusses über die Konstituierung als Untersuchungsausschuß. Der Reichsaußenminister hat sich entschuldigt.

Abg. Torgler (Kom.) erklärt, daß seiner Partei daran liege, eine politische Auseinandersetzung in Anwesenheit des Reichskanzlers zu führen und beantragt Umstellung der Tagesordnung und zunächst in Anwesenheit des Reichskanzlers in die Beratung der Notverordnungsanträge einzutreten.

Vorsitzender L ö b e erwidert, er werde darüber abstimmen lassen, er lasse aber keinen Zweifel, daß bei Annahme des Antrages die ursprüngliche Absicht des Ausschusses durchkreuzt und die Untersuchung nicht stattfinden würde.

Abg. Dr. Frant 2 (NS.) Die nationalsozialistische Fraktion legt größtes Gewicht darauf, daß wir möglichst rasch zur Bernehmung der Zeugen kommen. Infolgedessen darf ich bitten, den Antrag abzulehnen. — Darauf wird der kommunistische Antrag auf Umstellung der Tagesordnung gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Ausschuß tritt in die Zeugenvernehmung ein, und zwar wird zunächst Reichkanzler von Papen aufgerufen. Als dieser im Saale erscheint, rufen ihm die Kommunisten entgegen: Jetzt kommt der Lohnräuber vom Herrenklub!

Vorsitzender L ö b e: Der Ausschuß hat Sie als Zeugen geladen; Ihre Verteidigung ist ausgeübt. Es ist Ihnen bekannt, daß die Rechtsgültigkeit der Abstimmung des Reichstages vom 12. September zu einer Streitfrage geworden ist. Sie wird von Ihnen und dem Reichstagspräsidenten in entgegengelegter Weise beantwortet. Zur Entscheidung dieser Streitfrage soll die Tatsache festgestellt werden, ob Sie vor Eintritt in die namentliche Abstimmung den Versuch gemacht haben, die Auflösungsfrage dem Reichstag zur Kenntnis zu bringen, sei es durch Wortmeldung, sei es durch Uebergabe der Urkunde, oder ob beides so spät erfolgt ist, daß die Abstimmung rechtswirksam ist.

Reichkanzler von Papen: In dem ersten Teil der Sitzung, als der Reichstagspräsident den Antrag auf Veränderung der Tagesordnung zur Abstimmung stellte, hat er nach meiner Auffassung nicht festgestellt, daß durch das Unterbleiben des Einpruches dieser Antrag auf Veränderung der Tagesordnung angenommen sei. Denn als Herr Frick sich meldete und den Antrag stellte, die Sitzung eine halbe Stunde auszusparen, hat der Reichstagspräsident festgestellt, daß der Antrag Frick als der weitestgehende zuerst zur Abstimmung komme. Die Sitzung wurde auf eine halbe Stunde vertagt. Daraus geht zweifellos hervor, daß der Reichstagspräsident in diesem Augenblicke selber die Auffassung haben mußte, daß über den Antrag Torgler erst jetzt entschieden sei. Als daher nach Ablauf der halben Stunde die Sitzung wieder eröffnet wurde, nahm ich ohne weiteres an, daß der Reichstagspräsident zunächst formell über den Antrag Torgler noch einmal abstimmen lassen würde. Das ist nicht erfolgt. Nach meiner Erinnerung hat der Reichstagspräsident, nachdem die Sitzung wieder eröffnet war und ich auf meinem Stuhl noch saß, nur gesagt: „Da sich Widerspruch nicht erhoben hat, kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag Torgler.“ Ich war mir einen Augenblick darüber im Unklaren, ob es sich um den formellen Antrag Torgler handeln würde, den Antrag zur Tagesordnung, oder um den materiellen Antrag. Ich habe aber, da ich mit den parlamentarischen Gebräuchen nicht ganz unbekannt bin, aus der Redewendung: „Da sich Einpruch nicht erhoben hat“, ersehen, daß es sich bereits um den materiellen Antrag handelte. Daraufhin habe ich mich sofort erhoben und habe um das Wort gebeten. Der Reichstagspräsident machte eine abwehrende Geste und sagte nach meiner Erinnerung: „Zu spät! Wir sind in der Abstimmung!“ Daraufhin habe ich mich noch einmal gemeldet.

Zunächst ist in der Zwischenzeit Staatssekretär Bland, der vorn neben dem Rednerpult saß, zum Reichstagspräsidenten hingetreten, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß ich mich zum Wort gemeldet hatte. Als das keinen Erfolg hatte, habe ich mich ein zweites Mal zum Wort gemeldet, worauf der Herr Reichstagspräsident gesagt hat: „Wir sind in der Abstimmung!“ Darauf bin ich auf seinen Platz zurückgetreten und habe das Auflösungsdekret auf seinen Tisch gelegt, weil ich keine Möglichkeit hatte, zu Worte zu kommen und selbst das Auflösungsdekret zur Kenntnis des Reichstages zu bringen.

Vorsitzender L ö b e: Haben Sie sich nur mündlich zum Wort gemeldet, oder nachher auch durch Aufstehen, durch Handaufheben?

Reichkanzler von Papen: Ich bin nicht nur aufgestanden, sondern habe auch gesagt: Ich bitte ums Wort. Aber ich nehme an, daß das in der Urkunde des Hauses am Stenographentisch nicht verstanden worden ist.

Reichstagspräsident Göring erklärt: Ich darf noch einmal bitten, ausdrücklich zu sagen, mit welchem Wortlaut Sie, Herr Reichkanzler, das erstemal um das Wort gebeten haben. Für

mich ist das wichtigste: Haben Sie nicht als erstes das Wort: „Mündlich“ gebraucht? Das Wort ist sogar auf der Tribüne gehört worden. Ich hatte „Namentlich“ verstanden aber die Beantwortung: Ich bitte um das Wort, habe ich nicht verstanden.

Reichkanzler von Papen: Ich habe das Wort „Mündlich“ überhaupt nicht gebraucht. (Reichstagspräsident Göring widerspricht.) Nach meiner Auffassung hat Reichstagspräsident Göring, als er zum erstenmal sagte: „Da Widerspruch nicht erfolgt“ den Satz nicht zu Ende gesprochen.

Abg. Pfleger (SP.) fragt den Reichkanzler, ob er während der Pause den Versuch gemacht habe, seine Wortmeldung einzureichen. — Reichkanzler von Papen: Nein! Aus dem einfachen Grunde, weil ich annahm, daß der Antrag Torgler abgelehnt würde. Der Reichstagspräsident hatte mir zwei Tage vor der Sitzung gesagt, er würde dafür sorgen, daß die Regierungserklärung vom Hause entgegengenommen würde. Ich hatte keinen Zweifel, daß alles programmäßig verlaufen würde und war selbst völlig überrascht.

Abg. Dr. Frant: Haben Sie selbst die Auffassung, daß die Abstimmung im Reichstag nicht rechtswirksam ist?

Reichkanzler: Die Abstimmung ist nicht rechtsgültig, denn sie erfolgte, nachdem das Auflösungsdekret dem Hause zugestellt war.

Dr. Frant: Sie meinen, daß der Reichstag im Augenblick der Zustellung der Urkunde aufgelöst war. Warum sind Sie dann nicht vor dem Ueberwachungsausschuß erschienen?

Reichkanzler: Ich bin nicht vor dem Ueberwachungsausschuß erschienen, weil nach Ihrer (nach rechts) Auffassung die Regierung nicht mehr zu Recht besteht. Ich hätte mich der Tatsache ausgekehrt, daß Sie gesagt hätten, was wollen Sie denn hier, Sie sind nicht mehr im Amt.

Abg. Dr. Högner (SP.): Bestand die Absicht, die Auflösung schon vor der Aussprache über die Regierungserklärung vorzunehmen, oder bestand die Absicht, den Reichstag nach der Aussprache aufzulösen.

Reichkanzler: Von vornherein bestand überhaupt nicht die Absicht der Auflösung. Das ergibt sich ja schon aus der Vereinbarung mit dem Reichstagspräsidenten. Außerdem hätten wir die Hoffnung, daß trotz der scharfen Gegensätze doch ein modus vivendi zwischen Reichstag und Regierung zustandekommen würde.

Dr. Högner: Die Auflösungsurkunde haben Sie sich erst während der Sitzungsunterbrechung verschafft? Reichkanzler: Ja, wohl! Dr. Högner: Es bestand also die Absicht, den Reichstag auf jeden Fall bei Wiederbeginn der Sitzung aufzulösen? Reichkanzler: Nein! Ich habe angenommen, daß der Reichstagspräsident dem Chef der Regierung die Möglichkeit geben würde, wenigstens die Regierungserklärung zu verlesen. In keinem Parlament der Welt passiert das, daß eine Opposition nicht einmal die Regierung zu Worte kommen läßt. Abg. Dr. Högner: Herr Reichkanzler, ist Ihnen die Aeusserung der „Germania“ bekannt, wonach der Reichstagspräsident Göring während der Unterbrechung der Sitzung plötzlich mit der Behauptung zum Zentrum gekommen sei, daß der Reichstag jetzt auf jeden Fall sofort aufgelöst würde? Reichkanzler: Diese Auffassung des Reichstagspräsidenten war völlig unbegründet. Wir hatten nicht die Absicht, aufzulösen. Dr. Högner: Ist es richtig, daß Sie beim Betreten des Saales mit der roten Mappe herausfordernd, wie gesagt worden ist, nach den Herren von der Deutschnationalen Volkspartei und dann auch zur Tribüne gewinkt haben? Reichkanzler: Ich erkläre, daß das eine absolut falsche Feststellung ist.

Abg. Torgler (Kom.): Ist der Reichkanzler endlich bereit, sich vor dem Ueberwachungsausschuß für seine Politik der Notverordnungen zu verantworten?

Vorsitzender L ö b e: Das überschreitet den Rahmen der heutigen Bernehmung.

Reichstagspräsident Göring: Ich habe in der Unterredung nicht gesagt, ich würde Ihnen, Herr Reichkanzler, unter allen Umständen das Wort erteilen, denn ich konnte nicht wissen, was für Anträge kommen. Ich habe Ihnen allerdings versprochen, daß ich alles tun werde, damit Sie und die anderen Regierungsmitglieder keinerlei ungehörigen Angriffen ausgesetzt wären.

Reichstagspräsident Göring: Herr Reichkanzler, Sie haben mir in der Unterredung keinen Zweifel gelassen, daß Sie eine Abstimmung über ein Mißtrauensvotum nicht zulassen, sondern vorher den Reichstag auflösen würden. (Der Reichkanzler nickt mit dem Kopfe.)

Reichkanzler: In unserem Gespräch habe ich Sie wiederholt gebeten, doch nach einem Weg zu suchen, der uns eine Art von Zusammenarbeit ermöglichte. Ich habe Ihnen allerdings keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung entschlossen war, falls über die Aufhebung der Notverordnungen oder über einen Mißtrauensantrag abgestimmt wird, den Reichstag aufzulösen. Aber wir waren übereingekommen, daß zunächst einmal die Regierungserklärung vor sich gehen solle und dann die Debatte. Ich habe also nicht im entferntesten daran denken können, daß es der Regierung unbillig gemacht werden würde, ihre Er-



Härung zu verleihen. — Nun hat der Reichstagspräsident gesagt, er habe sich in einer Zwangslage befunden, nachdem der formelle Antrag Torgler angenommen gewesen sei. Mir ist aber nachträglich bekannt geworden, daß Prälat Leicht nach Beratung mit anderen Parteien entschlossen gewesen sei, den Antrag einzubringen, die alte Tagesordnung wiederherzustellen. Ich bekenne mich auch auf die Mitteilungen, die der Reichstagspräsident der Presse hat zugeben lassen. Dort hat er eindeutig erklärt, daß er entschlossen gewesen sei, die Regierung nicht zu Worte kommen zu lassen und daß er die Abstimmung habe vornehmen müssen, um die Regierung zu Fall zu bringen, bevor sie in der Lage gewesen wäre, ihre Erklärung abzugeben.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnt.): Nach dem Wortlaut des Stenogramms ist der Reichstagspräsident auch nach den Worten: „Wir stimmen ab!“ und „Die Abstimmung hat begonnen!“, wonach dann erst die Niederlegung des Dekrets und der Auszug der Regierung erfolgte, nochmals zur Fragestellung zur Abstimmung zurückgeführt und hat jetzt erst die gemeinsame Abstimmung über die beiden Anträge und danach in Verbindung hiermit die Abstimmung über das jetzt erst erwähnte Mißtrauensvotum verändert. Hierauf erst begann die Abstimmungshandlung selbst. Die Schallplatte hat das gleiche ergeben, und ich verleihe diesen ganzen Streit um des Kaisers Bart nicht.

Abg. Woltersdörfer (RS.): Es steht einwandfrei fest, daß bei dem Erscheinen im Saal die gesamte deutsche Reichsregierung sich verbindlich lächelnd vor der Fremdenloge verneigt hat.

Abg. Frank 2 (RS.) fragt den Reichskanzler, mit welchem Recht er dem Reichstagspräsidenten den Vorwurf des Verfassungsverstoßes gemacht habe.

Reichskanzler: Gehört das zum Beweisthema?

Vorsitzender Vize: Ja, insofern, als sie sich auf die Tatsache der Wortgestaltung bezieht.

Reichskanzler: Ich weise darauf hin, daß der Reichstagspräsident entsprechend den geltenden Bestimmungen der Verfassung und der Geschäftsordnung mit dem Wort geben mußte.

Abg. Frank (RS.): Wann wurde denn eigentlich die Aufstellungsorder unterzeichnet? Erfolgte sie in der halbständigen Pause oder war sie bereits unterzeichnet bei Beginn der Sitzung?

Reichskanzler: Ich bedauere, die Reugierde des Abgeordneten nicht befriedigen zu können. Das Reichsministerium ist lediglich ermächtigt, über Dinge auszusagen, die hier zur Debatte stehen.

Abg. Torgler: Wie hat der Reichskanzler die Pause, die von dem Abgeordneten Frick beantragt wurde, aufgefaßt?

Reichskanzler: Ich bin der Auffassung gewesen, daß der Reichstagspräsident und seine politischen Freunde versuchen würden, in der Pause jemanden zu finden, der Einspruch erheben würde. Ich habe nicht annehmen können, daß die Herren entschlossen waren, unter allen Umständen die Regierungserklärung nicht zu hören.

Abg. Göbbels (RS.): Haben Sie einige Tage nach dem 13. August eine Unterredung mit dem jüdischen Bankier Jakob Goldschmidt gehabt? Haben Sie in dieser Unterredung erklärt, Sie würden den Reichstag nicht zu einem Mißtrauensvotum kommen lassen. Sie würden zwar die Regierungserklärung verlesen, aber eine Debatte nicht zulassen?

Reichskanzler: Ich werde mich lediglich zur zweiten Frage äußern: Es ist ausgeschlossen, daß ich gesagt hätte, die Reichsregierung würde zur Auflösung schreiten, bevor die Debatte erfolgt ist.

Abg. Erling (Z.): Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Zentrum, Bayerische Volkspartei und Nationalsozialisten wollte Abg. Leicht den Antrag stellen, die Abstimmung erst am Schluß der Debatte herbeizuführen. Da sei kurz vor Beginn der Sitzung der Abg. Frick gekommen und habe gesagt, die Nationalsozialisten hätten bestimmte Nachrichten bekommen, daß es überhaupt nicht zur Abstimmung kommen, sondern der Reichstag sofort aufgelöst werde. Die Nationalsozialisten würden sich deshalb an dem Antrag Leicht nicht mehr beteiligen. Unter diesen Umständen habe es keinen Zweck mehr gehabt, den Antrag noch zu stellen.

Als der Abg. Dr. Höpner (Soz.) Fragen stellt, ob der Reichskanzler wisse, wer den Nationalsozialisten diese positiven bestimmten Nachrichten überbracht habe, ruft Abg. Dr. Frank (RS.): Entlastungsprozedur der Sozialdemokraten für Herrn von Papen. Abg. Höpner erwidert: Wir haben hier nichts zu befehlen und zu entlasten, sondern die Wahrheit zu erforschen.

Der Reichskanzler betont nochmals, die Tatsache, daß er ohne das Auflösungsdekret zunächst in den Reichstag gekommen sei, beweise den festen Glauben daran, daß der Reichstag die Regierung zum Wort kommen lassen werde.

Es entspannt sich dann zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichskanzler nochmals eine lange Auseinandersetzung über die Frage, in welchem Zeitpunkt der Kanzler den Arm zur Wortmeldung erhob. Der Kanzler erklärt, daß er das noch vor den Worten: „Wir stimmen ab!“ getan habe.

Präsident Brüning erwidert, er habe die Aufgabe, die Volksvertretung gegenüber der Regierung zu behaupten. Der Reichstag sei nicht der Exponent der Regierung, sondern in diesem Falle dazu da, Uebergriffe der Regierung abzuwehren.

Reichskanzler: Die Verlesung einer Regierungserklärung ist kein Uebergriff.

Abg. Dr. Oberfohren (Dnt.): In der Zielfestlegung meiner Partei und meiner Person lag die Auflösung des Reichstages. Die habe ich erreicht, und wenn die Herren Nationalsozialisten mit dabei dienlich gewesen sind, ist das ihre Sache. (Hört, hört! und Bewegung.)

Nach weiterer Auseinandersetzung ist die Bernehmung des Reichskanzlers beendet. Als Herr von Papen sich erhebt, um den Saal zu verlassen, kommandiert ein Nationalsozialist: Die Deutschenationalen ausziehen! (Große Heiterkeit.)

Es folgt die Bernehmung des Reichsinnenministers Freiherrn von Engel: Meine persönlichen Wahrnehmungen gingen dahin, daß in dem Augenblick, wo leitens des Reichstagspräsidenten die Worte fielen: „Wir kommen nun zur Abstimmung!“ der Reichskanzler sich erhob und sich zum Wort meldete. Als daraufhin der Präsident sich nach links drehte und von der Wortmeldung anscheinend keine Notiz nahm, sah ich, daß der Staatssekretär Bland sich erhob und in der Richtung zum Präsidententisch etwas sagte. Da meldete sich der Reichskanzler sofort noch einmal zum Wort und sagte dabei, soweit ich es von meinem Platz hören konnte, dem Sinne nach: „Ich bitte ums Wort!“ Als dem Reichskanzler daraufhin das Wort nicht erteilt wurde, entfernte er sich mit schnellen Schritten von seinem Platz und nahm das Blatt aus der Tasche. Auf meine Frage: „Wollen Sie sich noch-

mals zum Wort melden?“ jagte er: „Sie sehen wie ich, ich bekomme das Wort nicht.“ Dann legte er das Blatt dem Präsidenten hin.

Der nächste Zeuge, Staatssekretär Dr. Bland, gibt dieselbe Darstellung wie der Reichsinnenminister. Auf Fragen des Reichstagspräsidenten Göring erklärt der Zeuge: Ich habe die bestimmte Ansicht, daß Sie sich erst nach links wendeten, als der Reichskanzler sich zum Wort gemeldet hatte. Den Umstand, daß die Schallplatte die Wortmeldung des Reichskanzlers nicht aufgenommen hat, erklärt der Zeuge damit, daß der Reichskanzler mit dem Rücken zum Plenum gestanden habe. Er bestätigt, daß der Reichskanzler ausdrücklich die Worte gebraucht habe: „Ich bitte ums Wort. Ich glaube mich zu erinnern, daß der Reichsaußenminister den Reichskanzler irgendwie gedrängt hat.“

Nach Bernehmung weiterer Journalisten und Tribünenbesucher wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Rede des Reichswirtschaftsministers

Köln, 27. Sept. In seiner Rede, die der Reichswirtschaftsminister Dr. Warndt bei der Einweihung des Neubaus der Industrie- und Handelskammer hielt, überbrachte er zunächst die Glückwünsche der Reichs- und der preussischen Staatsregierung. In Zeiten wie der gegenwärtigen Krise glaubt jeder Stand, der am meisten Leidende zu sein, so fuhr der Minister dann fort; jeder glaubt, der Hilfe des Staates am meisten zu bedürfen. Der Staat soll aber das Ganze sehen. Daraus ergibt sich, daß er nicht alle Einzelwünsche sich zu eigen machen, noch weniger sie erfüllen kann. Der Staat ist verpflichtet, jede Maßnahme nicht nur auf ihre Wirkung auf den einzelnen, sondern auch auf ihre Wirkung auf die Gesamtheit zu prüfen. Es sei unmöglich, betonte der Minister, in einem so dicht besiedelten Lande ohne hinreichende eigene Kohstoffquellen allen Menschen Arbeit und Brot zu geben und alle Staatsbürger zu ernähren, wenn man sich ausschließlich auf die Hilfsquellen des eigenen Landes einzustellen versuchen würde. Daher müsse die Arbeitsgelegenheit durch Leistungen für das Ausland vermehrt werden. So unmöglich eine Politik mit dem Ziele eines Rückzuges aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen wäre, so wenig komme in Frage, unsere eigenen Hilfsquellen unausgenutzt zu lassen. Unser Ziel müsse sein, die höchste Ausnutzung des Bodens und die Sicherung der in ihm investierten Kapitalien mit der Erhaltung der industriellen Arbeitsstätten und mit der Pflege von Handel und Verkehr zu verbinden. Dies Ziel kann aber nach der Struktur unserer Wirtschaft nur erreicht werden, wenn wir auch den Austausch mit dem Auslande pfleglich behandeln.

Die Entwicklung der Welt in den letzten Jahren ist gekennzeichnet durch die zunehmende Absperzung der auseinander angelegenen Länder im Warenverkehr und durch die Kreditkrise, welche zu der Zwangsbewirtschaftung des Kapital- und Zahlungsverkehrs in wichtigen Ländern geführt hat. Unser deutsches Interesse liegt eindeutig darin, beide Schwierigkeiten zu mildern und zu den früheren Zuständen zurückzuführen. Je schneller das gelingt, um so schneller wird sich die Welt aus ihrer unhaltbaren Lage befreien. Die ersten Keime dieser Erkenntnis zeigen sich heute. Wir wollen hoffen, daß sie auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz vertieft und zur praktischen Auswirkung gebracht werden.

Unsere eigene Lage erlaube es uns jedoch nicht, bis zu diesem Zeitpunkt zu warten. Die deutsche Regierung mußte daher den Versuch machen, durch eine Reihe von Maßnahmen dem gegenwärtigen Notzustand zu begegnen und seine Ueberwindung zu erleichtern. Das Gelingen des Weltwirtschaftsprogramms hängt von der Mitwirkung der ganzen deutschen Wirtschaft ab, und die Reichsregierung hofft hierbei darauf, daß ganz besonders die zahlreichsten Betriebe der mittleren und kleineren Betriebe, die für das Gelingen des Planes von besonderer Bedeutung sind, ihre Mitwirkung nicht verlagern. Ich möchte daher auch an dieser Stelle an das gesamte deutsche Unternehmertum den Appell richten, die ihnen gebotenen Möglichkeiten weitestgehend auszunutzen.

Orkan über Portorico

New York, 27. Sept. Ein überaus heftiger Orkan wütete über San Juan (Portorico) und richtete schweren Schaden an. Es sollen mindestens 30 Menschen ums Leben gekommen, viele hundert Personen verletzt sein. Von den 1000 Wohnhäusern San Juans sind mindestens 800 zerstört oder beträchtlich beschädigt worden.

200 Todesopfer der Sturmkatastrophe in Portorico
San Juan (Portorico), 27. September. Der Gouverneur von Portorico gibt die Zahl der Todesopfer der Sturmkatastrophe mit 200 und die Zahl der Verletzten mit mindestens 1000 an.

Orkan auch in der dominikanischen Republik
Santo Domingo, 27. September. Ein Orkan suchte San Pedro de Macoris heim und nähert sich jetzt der Hauptstadt Santo Domingo.

Neues vom Sage

Der sächsische Ministerpräsident beim Reichskanzler
Berlin, 27. Sept. Der sächsische Ministerpräsident Schick ist vom Reichskanzler zu einer Besprechung empfangen worden, die ähnlich wie die vorangegangenen Besuche sächsischer Landesvertreter, die finanziellen Schwierigkeiten der Länder zum Gegenstand gehabt haben dürfte. Wie in politischen Kreisen verlautet, kann angenommen werden, daß in der Unterredung eine Einigung über die Mittel für Ueberbrückung dieser Schwierigkeiten erreicht worden ist.

Die Vereinfachung der Preußenkasse
Berlin, 27. Sept. Die Umwandlung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse) in ein Reichsinstitut ist, wie verlautet, nunmehr unmittelbar bevorstehend. Das Reichsministerium wird sich voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche mit den betreffenden Vorlagen befassen, so daß mit der Verkündung der Verordnungen im Laufe der nächsten Woche zu rechnen ist.

Nationalsozialistischer Antrag auf Auflösung des Braunschweigischen Landtages

Braunschweig, 27. Sept. Die nationalsozialistische Fraktion im Braunschweigischen Landtag hat den Antrag eingebracht, den braunschweigischen Landtag aufzulösen. Die Neuwahlen sollen zusammen mit den Reichstagswahlen am 6. November erfolgen. Der Braunschweigische Landtag ist auf Samstag einberufen worden. Der einzige Punkt der Tagesordnung ist: Antrag auf Auflösung des Landtages.

Genfer Besprechung Herriot—Henderjon

Genf, 27. Sept. Ministerpräsident Herriot suchte am Dienstag vormittag in Begleitung Paul Boncour den Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderjon auf. Man nimmt an, daß in dieser Besprechung die Lage auf der Abrüstungskonferenz eingehend erörtert worden ist.

Annahme des Waffenstillstands durch Bolivien

La Paz, 27. Sept. Bolivien hat den von den neutralen Mächten vorgeschlagenen Waffenstillstand angenommen.

Das Erdbeben auf dem Balkan — 50 Tote in einer Ortschaft

Athen, 27. Sept. Nach amtlichen Meldungen aus Mazedonien ist das Dorf Stratoniön auf Chalcidice durch das Erdbeben zerstört worden. Es wurden fünfzig Tote und hundert Verwundete gezählt. Auch in dem benachbarten Dorf Terissos sind zahlreiche Häuser eingestürzt. Nach einer weiteren Meldung wurden 15 Dörfer zerstört und 150 Personen getötet.

Attentat auf den Sacco-Banzetti-Richter

Worcester (Massachusetts), 27. Sept. Die Wohnung des Richters Thayer, der, wie erinnerlich, in dem Sacco-Banzetti-Fall eine Rolle gespielt hat, ist durch einen Bombenanschlag schwer beschädigt worden. Thayer blieb unverletzt; dagegen wurde seine Frau verwundet und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 28. September 1932.

— Besetzung an Hindenburgs Geburtstag — Schulferien. Am 85. Geburtstag des Reichspräsidenten v. Hindenburg, dem 2. Oktober 1932, werden auf dessen Wunsch keine amtlichen Feiern veranstaltet werden. Nach Anordnung des würt. Staatsministeriums werden jedoch die öffentlichen Gebäude in den Reichs- und Landesfarben besetzt werden. An die Gemeindebehörden und die Einwohnerschaft ergeht das Ersuchen, sich gleichfalls an der Besetzung zu beteiligen. Im Anschluß an den Erlaß des Kultministeriums, der aus Anlaß des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten den 1. Oktober ds. Js. als schulfrei bestimmt, hat Kultminister Dr. Vajalla angeordnet, daß am Tage vorher, am Freitag, den 30. September 1932, in allen Schulen in schlichter und eindrucksvoller Weise der Persönlichkeit des Reichspräsidenten und ihrer Bedeutung für das deutsche Volk gedacht wird. Dies kann entweder im Rahmen des Klassenunterrichts oder in einer für alle Klassen gemeinsamen Feier geschehen.

— Verhütung von Tierquälereien bei der Beförderung von Tieren auf Kraftwagen. Von zentraler Seite wird mitgeteilt: Zur Verhütung von Tierquälereien bei der Beförderung von Einhufern und Klauenvieh auf Kraftwagen hat das Innenministerium eine im Staatsanzeiger veröffentlichte Verordnung erlassen. Verboten ist die Benützung von Kraftwagen, die zur Blechbeförderung ungeeignet sind. Besondere Vorschriften sind getroffen worden über die Aufschrift der Bodensläche an der Außenseite der Wagen, über die Art der Unterbringung der Tiere auf dem Wagen, das Ver- und Entladen sowie die zulässige Fahrgeschwindigkeit der Tiertransportkraftwagen.

Neue Fahrplanangaben (von der RBD, Stuttgart). Zum Winterfahrplanabschnitt vom 2. Oktober 1932 bis 14. Mai 1933 erscheinen im Bezirk der Reichsbahndirektion Stuttgart wieder neu: der um einige wichtige Fahrplanknoten erweiterte amtliche Taschenfahrplan der Reichsbahndirektion Stuttgart, die amtlichen Kursbücher für Südwestdeutschland und Schweiz, für Mittel-, Ost- und Westdeutschland (je besonders), für Bayern rechts des Rheins, das Mitropa-Kursbuch sowie die große (1. Winter-)Ausgabe und die kleine Winterausgabe (ohne vierte Abteilung — fremde Länder) des Reichskursbuches.

— Calw, 27. September. Die Bauarbeiten an der Kraftwagenhalle hinter dem neuen Postgebäude werden in Kürze in Angriff genommen werden. Einer erneuten Prüfung wird die Frage der Errichtung eines Poststegs vom Postamt über die Nagold mit Einmündung in die Bahnhofstraße unterworfen. Dieser Steg soll eine Breite von 3 Meter erhalten und für leichte Handfahrzeuge befahrbar sein; zugleich soll er auch dem Personenverkehr dienen. Die zur Verfügung stehende Einmündungsfläche beträgt nur 3 Meter in der Breite, ist also für einen reibungslosen Verkehr zu schmal. Schon von Anfang an wurde betont, daß diese Fläche nicht ausreicht, da sie jede Ueberblickbarkeit in den Straßenverkehr der Bahnhofstraße vermissen lasse. Eine befriedigende Lösung wird nur dann erreicht werden, wenn eines der in Betracht kommenden Häuser in der Bahnhofstraße aufgekauft und ganz oder teilweise abgebrochen wird. Die Stegführung, die zur Entlastung der Bahstraße und zur Erleichterung des Verkehrs vom Ufer der Nagold aus dringend notwendig ist, ist keine einfache Sache und bedarf einer gründlichen Ueberlegung.

Entingen, O.A. Horb, 27. September. Am Sonntagabend stürzte in der Wirtschaft zum „Waldhorn“ hier ein etwa 23 Jahre alter junger Burche aus seiner Rathbargemeinde die Treppe herunter und verlor sich erheblich. Der Burche hatte anscheinend dem Alkohol ziemlich über das Maß zugesprochen. Der herbeigerufene Arzt stellte eine Gehirnerschütterung fest, die eine längere Bewußtlosigkeit zur Folge hatte.



Oberndorf a. N., 27. September. (Falsche 2-Markstücke im Umlauf.) Dieser Tage wurde in einem hiesigen Geschäft ein falsches 2-Markstück in Zahlung gegeben. Leider wurde das gefälschte Geldstück erst bemerkt, als dessen Ausgeber den Laden schon wieder verlassen hatte und somit nicht mehr festgestellt werden konnte. Das Stück ist eine plumpe Fälschung aus einer Legierung mit Blei. Das falsche 2-Markstück wurde polizeilich beschlagnahmt.

Sulz a. N., 26. September. (Unfälle. — Zwei Helden.) Der 17 Jahre alte Knacht Höhn fand auf dem Ader eine Sprengkapsel. Dem Finder war die Gefährlichkeit dieses Sprengkörpers offenbar nicht bekannt; er wollte diesen auf dem Heimweg zur Entladung bringen. Bei der darauf erfolgenden Explosion wurden dem jungen Mann einige Finger verstümmelt, ebenso die linke Gesichtshälfte. Das linke Auge scheint vollständig verloren zu sein; das rechte Auge ist schwer verletzt. Der Unglückliche wurde in die Augenklinn nach Tübingen verbracht. — Am Freitagvormittag brachte ein Handwerksmeister die linke Hand in eine Maschine, so daß ihm die Sehnen der Finger abgeschnitten wurden. — In einem benachbarten Orte ereignete sich kürzlich folgendes: Zwei vollkräftige Jungmänner pflegten nachlässigerweise unweit des Dorfes Obst zu hüten. Nach Eintritt der vollen Dunkelheit machten sich nun neulich zwei Personen heran, öffneten die anliegende Hühnerfarm, lockten einige der Insassen ein und machten sich im Galopp wieder davon. Von Tapferkeit gänzlich verlassen suchten sich beide Jünglinge aus und gaben dem um einige Prachteremplare leichter gewordenen Farmer Bericht von dem Geschehenen.

Marshallenjimmern, O.N. Sulz, 27. September. Landwirt Fritz Heinzelmann von hier wurde am Samstagabend von einem Pferd geschlagen, so daß er schwere Kinn- und Halsverletzungen davontrug. Der Verunglückte wurde in das Bezirkskrankenhaus nach Oberndorf verbracht.

Schwenningen a. N., 26. September. (Direktor Braunmüller gestorben.) Der Direktor der Bärenbrauerei, Gustav Braunmüller, ein weithin bekannter, Mitte der 40er Jahre stehender Mann, der gestern Abend noch im Kreise seiner Freunde weilte, wurde heute früh tot im Bett gefunden. Ein Herzschlag hat seinem Leben ein allzujchnelles Ziel gesetzt.

Schwenningen a. N., 27. September. (Von einem Auto tödlich überfahren. — Verurlichter Mord.) Außerhalb der Stadt wurde am Sonntagabend ein junger Mann, der 26 Jahre alte Mundharmonikamacher Wilhelm Reipp von Traßlingen, von einem Personenkraftwagen angefahren und tödlich verletzt. Zeugen, welche den Vorgang beobachteten, erklärten, daß der Verunglückte selber die Schuld an seinem Tode trage. Sehr zu tadeln ist das Verhalten des Kraftwagenlenkers, welcher sich um den verunglückten Mann nicht weiter kümmerte, sondern alsbald unerkannt und mit größter Geschwindigkeit davonfuhr. — Sonntagnacht drang ein hiesiger junger Mann in das Zimmer seiner früheren Braut ein, während diese abwesend war. Als das Mädchen heimkam, versuchte der Mann, ihm ein Taschentuch als Knebel in den Mund zu drücken, was ihm aber nicht gelang. Daraufhin zog er seine Selbstladepistole und feuerte auf das Mädchen einen Schuß ab. Der Schuß ging jedoch fehl. Darauf schloß sich der Mann in den Kopf, doch ohne eine lebensgefährliche Verletzung davonzutragen.

Stuttgart, 27. Sept. (Eingaben beim Landtag.) In der Zeit vom 15. Juli bis 8. September sind beim Landtag 48 neue Eingaben eingegangen, die durch Verfügung des Präsidenten den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden. Die Gesamtzahl der Eingaben in diesem Landtag beträgt nunmehr 178. Die Stadt Stuttgart hat drei Eingaben eingereicht und zwar betr. Wohnungsbau, Förderung des Siedlungswezens und betr. Einführung einer Altersgrenze für städt. Beamte. Eine Eingabe der Vereinigung württ. Ortsvorsteher wünscht Verlängerung der Wahlzeit der Ortsvorsteher. Die Stadt Schwenningen und die Gemeinde Waldhausen O.N. Welheim bitten um Staatshilfe, die Stadt Spaichingen um Befreiung des dortigen Amtsgerichts Eingaben der Amtsverammlungen Sulz und Gaildorf betreffen das Vermessungswesen, Eingaben des Württ. Handwerksammerlags und des Verbands Württ. Konsumvereine die Einführung einer Zinssteuer. Die übrigen Eingaben sind vorwiegend persönlicher Art.

Aus Bayern, 27. Sept. (Der Dank der Handwerksburschen.) Als in Gars am Inn der Bauer Riber, ein wegen seiner Wohlthätigkeit und Ehrlichkeit überall geachteter Mann, beerdigt wurde, war das Grab von einer vielköpfigen Trauergemeinde umgeben. Nachdem die vielen Nachrufe beendet waren, trat ein Handwerksbursche mit hürtigem Gesicht und zerschleffenen Kleidern an das Grab. Eine Träne rollte über das magere Gesicht als er anhub: „Im Namen der Handwerksburschen, die weder Kranz noch Geld haben, danke ich hier öffentlich für das viele Gute, das der Verstorbene den Handwerksburschen getan hat.“ Dann betete er laut ein Vaterunser. Die Trauergäste waren von der Dankbarkeit sehr gerührt.

Aus Baden

Muggenturm, 26. September. (Tödliche Unglücksfälle.) Am Sonntagabend 7 Uhr stieß auf der Straße von hier nach Bischofswiler ein Personenkraftwagen mit einem Kraftwagen zusammen. Hierbei wurde einem Wirtssohn aus Densbach bei Achern die Halsschlagader zerrissen, so daß der junge Mann alsbald tot war. Der Beifahrer wurde auf den Kühler des Kraftwagens geworfen und erlitt eine schwere Kopfverletzung, die kurze Zeit darauf auch zum Tod dieses Mannes führte. — In Densbach brachte die Frau des Handelsmannes Josef Schindler beim Dreschen auf der Maschine die Hüfte in das Getriebe. Nach drei Stunden starb die erst 28 Jahre alte Frau unter juchhabaren Qualen.

Florzheim, 26. September. An der abfälligen Viehstraustraße in Dillstein verunglückte am Samstagmittag ein Langholzfuhrwerk, weil die Bremse zerriss. Das Fuhrwerk stürzte in der Wegbiegung um und wurde gegen die Böschung geworfen. Hierbei wurde eines der beiden Juppferde totgedrückt. Der Fuhrmann, der 27jährige Otto Schwämmle aus Florzheim, geriet unter das Pferd und erlitt schwere Körperverletzungen und einige Rippenbrüche.

Weinheim, 26. September. Heute früh wurde auf der Landstraße zwischen Sulzbach und Hemsbach ein Lieferwagen von einem kleineren Kraftwagen überholt und dabei gestreift. Der Fahrer des Lieferwagens verlor die Gewalt über sein Fahrzeug und fuhr über den Gehweg in das Feld. Trotzdem er dabei einen starken Obstbaum vollständig umriß und der Wagen fast auf der Seite lag, kamen die drei Insassen des Lieferwagens mit dem Schrecken davon. Ein vorbeifahrender Lastkraftwagen wurde herangezogen, um den Lieferwagen wieder flott zu machen. Der Führer des Lastwagens stellte zu diesem Zweck seinen Anhänger auf die linke Straßenseite. Ein von Darmstadt kommender Bierwagen mußte hinter diesem Anhänger halten. Dessen Fahrer nun fuhr aus und wollte zwischen seinem eigenen Wagen und dem stillstehenden Anhänger zu der Unfallstelle gehen. In diesem Augenblick kam sein eigener Wagen auf der abfälligen Straße ins Rollen und drückte ihn gegen den Anhänger. Der etwa 35 Jahre alte Mann war sofort tot.

Diengen, Amts Waldshut, 27. September. (Eine gründliche Weipenausträherung.) Das beim Eipervälchen lebende Schilliche Lusthäuschen, das nach dem Tode des Besitzers, Apotheker Schill, immer mehr beschädigt wurde, sollte abgebrochen werden. Dabei kamen Wespen zum Vorschein, die ausgeräuhert wurden. Diese Arbeit wurde so gründlich vorgenommen, daß das Häuschen Feuerfessig und damit der Abbruch unnötig wurde. Die Feuerwehr mußte aber doch ausrücken, um ein Uebergreifen des Brandes auf das Wäldchen zu verhindern.

Gegen Einführung der Schlachtsteuer in Württemberg

Wie wir erfahren, wendet sich der Württ. Handwerksammerlag in Verbindung mit dem Bezirksverband Württemberg im Deutschen Fleischerverband aufschärfte gegen die von der württ. Regierung mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 ab durch Kotterordnung eingeführte Fleisch- bzw. Schlachtsteuer zur teilweisen Deckung des Defizits im Staatshaushalt. Die Einführung dieser Steuer muß im württ. Regierergemeinde und bei den durch die Fleisch- bzw. Schlachtsteuer in Mitleidenschaft gezogenen Wirtschaftszweigen und Bevölkerungsschichten künftige Empörung hervorrufen. Es ist mit den Grundbesitzern der Steuer-Objektvielfalt und der Steuer-Berechtigung nicht zu vereinbaren, erneut eine weitere Belastung eines einzelnen Gewerbezweiges in dieser schweren Notzeit herbeizuführen, zumal sich diese neue Steuer als eine einseitige Belastung der kleineren und mittleren Betriebe darstellt und eine nachhaltige Belastung des Fleischkonsums nach sich ziehen wird, die wiederum wirtschaftliche Schädigungen für das Gewerbe darstellt. Da bei der heutigen ungeheuren Belastung der Wirtschaft durch Steuern und sonstige Abgaben aller Art, die in keinem Verhältnis zu den Produktions- und Verdienstmöglichkeiten steht, jede weitere steuerliche Belastung letzten Endes nicht zu einer Erholung der Steuereinnahmen, sondern zur Vernichtung weiterer Mittelstandszustufen führt und dadurch eine immer größere Verringerung der Steuereinnahmen verursacht wird, muß von einem Weiterstreben auf dem Wege des dauernden Anstiebers der Steuerhörschraube nachdrücklich wiederholt gewarnt und mit aller Entschiedenheit auf die Entlastung der Staats auf der Ausgabeleihte hingewiesen werden. Für die zweifellos katastrophalen Folgen weiterer Steuererhöhungen müssen die beruflichen Vertreterinnen der Wirtschaft, wenn ihre wiederholten Warnungen ungehört verhallen, jede Verantwortung ablehnen.

Die Landwirtschaftskammer gegen die Schlachtsteuer

Stuttgart, 27. Sept. Die Württ. Landwirtschaftskammer hat sich unter dem 26. September an das Württ. Staatsministerium, das Finanz- und das Wirtschaftsministerium mit nachstehendem Schreiben gewandt: Die Landwirtschaftskammer erhebt wiederholt schärfsten Einspruch gegen die Einführung einer Schlachtsteuer in Württemberg. Sie befürchtet, daß bei Stodungen im Viehabsatz die Steuer auf die Verkäufer abgewälzt wird und daß deshalb in dieser Notzeit die Einführung dieser Steuer unterbleiben muß.

Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten

Stuttgart, 27. Sept. Das Reich hat dem Land Württemberg den Betrag von 1.845.000 RM. zur Verfügung gestellt und zwar 1.640.000 RM. für die Instandsetzung von Wohngebäuden und 205.000 RM. für die Teilung von Wohnungen und den Umbau sonstiger Räume zu Wohnungen. Der Reichszuschuß ist ein einmaliger Kapitalzuschuß; er beträgt bei der Instandsetzung von Wohngebäuden ein Fünftel der Kosten, bei der Wohnungs-

teilung und dem Umbau eines gewerblichen Raumes 50 p. H. der Kosten, jedoch in letzterem Falle höchstens 600 RM. Darnach wäre es also möglich, für die Erhaltung und Verbesserung des Altbaues in Württemberg den Gesamtbeitrag von 9.000.000 RM. in Bewegung zu setzen. Es macht dabei keinen Unterschied, ob es sich um entliehene oder um eigene Mittel des Grundstückseigentümers handelt; die Beschaffung des Kapitals ist ausschließlich Sache des Grundstückseigentümers. Die Zuschüsse werden nur gewährt, wenn die Instandsetzungsarbeiten für das einzelne Grundstück mindestens 250 RM. betragen. Die Arbeiten müssen nach dem 25. September 1932 und vor dem 1. April 1933 begonnen und spätestens am 1. Januar 1934 vollendet sein. Die Kosten dürfen eine angemessene Höhe nicht überschreiten. Arbeiten, die in Schwarzarbeit ausgeführt sind, dürfen nicht berücksichtigt werden; soweit Arbeitnehmer zur Durchführung der Arbeiten neu eingestellt werden hat ihre Einstellung durch das Arbeitsamt zu geschehen. Die Mittel sollen in erster Linie privaten Arbeitgebern zufließen; eine übermäßige Beanspruchung der Mittel für Gebäude der öffentlichen Hand soll vermieden werden. Außer den eigentlichen Wohngebäuden können auch Ledigenheime, Lehrlingsheime, Gesellenhäuser und Gebäude, die ähnlichen Zwecken dienen, berücksichtigt werden. Der Gesamtbeitrag des Reiches wird in einer Summe nach Fertigstellung der Arbeiten und Prüfung der Rechnungunterlagen ausbezahlt. Mit der Durchführung der Maßnahmen hat das Innenministerium die Landes-Kreditanstalt beauftragt. Die Landes-Kreditanstalt nimmt durch Vermittlung der Gemeindebehörden Anträge auf den vorgeschriebenen Vordrucken alsbald entgegen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Für 5000 RM. Wertachen in Frankfurt (Main) gestohlen. Wertvolle Beute machten Einbrecher, die in eine Wohnung in der Wiesenhüttenstraße eingebrochen waren. Ihnen fielen ein Brillantring mit zwei Steinen im Werte von 1750 RM., ein Brillantring mit zwei Steinen und einer Perle im Werte von 750 RM. und eine Brillantrahel im Werte von 1800 RM. und 400 RM. in bar in die Hände.

Bei lebendigem Leibe verbrannt. Mittags begab sich der teilweise gelähmte Gastwirt Riefen der Bahnhofs-Wirtschaft Trier-West in den Keller, um Holz zu holen. Er kam mit seinem brennenden Streichholz zwei mit Petroleum gefüllten Flaschen zu nahe, die explodierten. Die Flammen ergriffen den Gastwirt, der sich nicht helfen konnte und bei lebendigem Leibe verbrannte. Erst als Rauch aus dem Keller drang, wurde man aufmerksam und fand den Gastwirt völlig verkohlt vor.

Einigung im Lohnstreit des Ruhrbergbaus. Im Lohn- und Arbeitszeitstreit des Ruhrbergbaus führten die im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Racherhandlungen zu einer Einigung der Tarifparteien. Die Verbände erkannten die in den Schiedsprüchen vom 24. September vorgeschlagene Lohn- und Arbeitszeitregelung an und erhoben sie zum Tarifvertrag.

200 Jahre Trachten. Das Staatliche Hauptgestüt Trachten beging die Feier seines 200jährigen Bestehens. Staatssekretär Dr. Ruffehl vom preußischen Landwirtschaftsministerium hielt eine Ansprache.

Boxsieg Schmeling's über Walker

New York, 27. Sept. Vor 40.000 Zuschauern bozte Montanabend Max Schmeling gegen den früheren Weltmeister im Mittelgewicht, Mike Walker. In der 8. Runde wurde der Deutsche zum Sieger durch technischen K.o. ausgerufen, nachdem Walker bis dahin dreimal hatte zu Boden gehen müssen.

Zu Schmeling's Boxkampf

Schmeling hat durch seinen Sieg über Mike Walker wieder alle Tore der Weltmeisterschaft geöffnet. Er, der 1930 vielleicht unerdient zum Weltmeisterkittel kam, der ihm 1932 ebenso unerdient abgenommen wurde, ist zweifellos im Augenblick fast ohne Konkurrenz. Mit fast allen Boxern, deren Namen wir noch vor wenigen Jahren mit großer Ehrfurcht lasen, hat Schmeling gekämpft und sie besiegt. In seinem Rekord ist vielleicht nur noch eine schwache Stelle auszumachen, die Ueberzugschwergewichte gegen den Dualatten Larry Gains. Mit doppeltem Recht konnte der Carnera-Besieger nach seinem Erfolg in London einen Kampf mit Schmeling für den Fall des Sieges des Weltmeisters über Charley fordern. Daraus ist infolge des Sieges von Charley nichts geworden. Aber vertagt ist nicht aufgehoben. Es scheint durchaus möglich, daß Schmeling in absehbarer Zeit gegen Larry Gains kämpft, zumal die Zahl der Bewerber um den Weltmeisterkittel vorläufig außerordentlich zusammengeschrunst ist. Nach seiner konstanten Form, die Schmeling in den Kämpfen der letzten drei Jahre gezeigt hat, braucht er einen Larry Gains nicht zu fürchten. Noch immer macht sich für Schmeling der große Vorteil geltend, daß er in sehr jungen Jahren zu seinen großen Erfolgen gekommen ist. Nach dem Weltmeisterkämpfe gegen Charley hat der neue Weltmeister sich dahin geäußert, daß er Schmeling nicht zwei Jahre warten lassen werde, wie dieser es mit ihm getan habe. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß bereits im Sommer des nächsten Jahres die dritte Begegnung zwischen Schmeling und Charley stattfindet; denn der Bostoner hat keine Zeit mehr zu verlieren, um mit seinem Weltmeisterkämpfe noch große Kassen zu machen.

Wir geben doppelten Rabatt

von Donnerstag, 29. Sept. bis Montag, 3. Okt. auf alle Waren (wenige Artikel ausgenommen)!

Verlangen Sie jetzt ein Weihnachts-Sparbuch, dann nutzen Sie den doppelten Rabatt doppelt aus. Die grossen Vorteile, die unser Weihnachtssparbuch auch dieses Jahr wieder bietet, ersehen Sie aus den Prospekten, die Sie in unseren Filialen erhalten.

KAISER'S KAFFEE GESCHAFT

100%

Aus dem Gerichtssaal

Der Vertrieb von Hitler-Opfermünzen ist strafbar
 Göppingen, 27. Sept. Im Frühjahr wurden von der NSDAP sogenannte Hitler-Opfermünzen hergestellt und vertrieben. Dies wurde als unerlaubte Sammlung und als Verstoß gegen die Verordnung über die Herstellung von Medaillen und Marken vom 27. Dezember 1928 betrachtet und von der Polizei beanstandet. Die verantwortlichen Personen, die durch Urteil des hiesigen Amtsgerichts hierwegen verurteilt worden waren, haben gegen dieses Urteil Revision beantragt. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat diese Revision als unbegründet verworfen. Damit ist festgesetzt, daß der Vertrieb der Opfermünzen und Opferhefte verboten und strafbar ist.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Die württembergischen Sparkassen im Juli 1932. Im Juli haben sich bei den württembergischen Sparkassen die Einzahlungen wiederum etwas erhöht, die Auszahlungen aber vermindert. Insgesamt sind im Juli 19.301 Millionen RM Einzahlungen und 27.354 Millionen RM Auszahlungen angefallen. Im Juni hatten die Einzahlungen 18.043 und die Auszahlungen 26.710 Millionen RM betragen. Der Auszahlungsüberschuß bei sich demnach von 10.667 auf 8.053 Millionen RM ermäßigt. Der Stand der Spareinlagen verminderte sich von 367.705 auf 359.742, der Stand der Depositionen, Giro- und Kontokorrenteinlagen von 156.066 auf 152.016 Millionen RM.

Getreide

Berliner Produktendörse vom 27. Sept. Weizen märk. 209 bis 211, Roggen märk. 158-160, Braugerste 174-184, Futter- und Industrieerze 167-173, Hafer märk. 135-140, Weizenmehl 25,40-29,50, Roggenmehl 20,90-23,30, Weizenkleie 9,70-10,10, Roggenkleie 8,50-8,90, Vitoriaerbsen 21-24, Futtererbsen 14 bis 17, Wicken 17-20, Leinsamen 19,30-10,50, Erdnüssen 11,50, Erdnüssenmehl 11,50, Erdnüssenöl 9,20-9,50 RM.

Märkte

Stuttogarter Schlachtviehmarkt vom 27. Sept.
 Zutrieb: 46 Ochsen, 44 Bullen, 376 Jungbullen, 403 Jungzinder, 160 Kühe, 1400 Kälber, 229 Schweine, 2 Schafe, Unverkauft: 3 Ochsen, 10 Jungbullen, 33 Junazinder, 2 Kühe, 100 Schweine.
 Ochsen: ausgem. 30-33 (una.), vollfl. 26-28 (una.), II. 22-24 (una.).
 Bullen: ausgem. 24-25 (una.), vollfl. 22-23 (una.), II. 20-21 (una.).
 Junazinder: ausgem. 33-36 (33-35), vollfl. 26-31 (una.), II. 23-25 (una.).
 Kühe: ausgem. 22-26 (una.), vollfl. 17-20 (una.), II. 12 bis 15 (una.), zer. 9-11 (una.).
 Kälber: feinste Mals- und beste Saugl. 39-43 (una.), mittl. 34-38 (33-35), zer. 29-32 (28-32).
 Schweine: über 300 Pfd. 49-50 (una.), von 240-300 Pfd. 45-49 (una.), von 200-240 Pfd. 47-48 (una.), von 160-200 Pfd. 46-47 (una.), von 120-160 und unter 120 Pfd. 45-46 (44 bis 45), Saugl. 32-38 (una.). Verkauf: Großvieh mählig, Heberhand, Kälber mählig, bestes Schweine mählig, Heberhand.
Härzheimers Schlachtviehmarkt vom 26. September. Aufgetrieben waren 606 Tiere, und zwar 5 Ochsen, 4 Kühe, 55 Rinder, 32 Färren, 35 Kälber und 472 Schweine. Der Markt verlief bei Großvieh und Kälbern mählig, bei Schweinen lebhaft. Der Heberhand betrug 9 Stück Großvieh und 1 Schwein. Die Preise für ein Hund Lebendgewicht waren: Ochsen 1. Klasse 31-33, 2. Klasse 27-30; Färren 1. Klasse 26, 2. und 3. Klasse 24-22;

Kühe 1. Klasse 24, 2. und 3. Klasse 20-22; Rinder 1. Klasse 34 bis 36, 2. Klasse 31-33; Kälber 2. Klasse 37-41, 3. Klasse 33 bis 35; Schweine 2. und 3. Klasse 46-47.

Freiburger Schlachtviehmarkt vom 26. Sept. Zufuhr: 18 Ochsen, 27 Rinder, 19 Färren, 13 Kühe, 205 Kälber, 380 Schweine, 25 Schafe. Preise: Ochsen und Rinder 22-32, Färren 20-24, Kühe 14-20, Kälber 32-41, Schweine 46-60, Schafe 25-32. Tendenz: mittelmäßig, Heberhand bei Großvieh.

Stuttogarter Wochenmarkt. Der Gemüsemarkt war über Erwarten gut beliefert. Stangenbohnen 15-22, Tomaten 5-8, Kraut 3, Kohl und Rotkraut 4-5, Spinat 9-12, Gelbe Rüben 4-5, Zwiebeln 5-8, Rote Rüben 5-8, Rettiche 6-8, Karotten 7-12, Kopfsalat 5-10, Endivienalat 5-8, Rettiche 4-7, Sellerie 20, Salatgurken 30, Blumenkohl 40 Pfd. Auf dem Obstmarkt gab es sehr viel und schöne Zwetschen zu 10-12, Birnen 20-35, Walnüsse 30-50, Preiselbeeren 22-25, Birnen 10-20, Äpfel 10-20, Pflaumen und Schütteläpfel 4-8 Pfd.

Stuttogarter Großmärkte. Kartoffelmarkt auf dem Leonhardplatz. Zufuhr 150 Zentner. Preis 2,40-2,70 RM. — Obstmarkt auf dem Wilhelmplatz. Zufuhr 750 Zentner. Preis 5,20-5,50 RM für 1 Zentner.

Obstpreise. Heilbronn: Tafeläpfel 12-16, Tafelbirnen 10 bis 14, Zwetschen 7-8, Mostobst 4,30-4,50, Kartoffeln 2 RM. — Neuenstein: Tafeläpfel 7-8, Tafelbirnen 7-12, Wirtschaftsäpfel 5-6,50, Mostobst 3,80-4,50, Zwetschen 4-8 RM.

Kohl, 27. Sept. (vom Tafelmarkt.) In Regelsdorf sind 50 Zentner Grummen zum Preis von 32 RM je Zentner derwaogen worden.

Konkurse

Firma Jose del Monte, Kartonnagenfabrik in Stuttgart, unter Ablehnung des Vergleichsverfahrens.

Bergleichsverfahren

Konstantin Deuser, gem. Warengeschäft in Degglingen, Albert Manz, Sticker- und Bäckergeschäft in Tuttlingen.

Letzte Nachrichten

Das Verhältnis zwischen Regierung und Ueberwachungsausschuss

Berlin, 27. September. Im Ueberwachungsausschuss des Reichstags fragte der Abgeordnete Dr. Frank II (NSD.) den Reichskanzler, ob dieser künftighin, nachdem die Rechtslage jetzt für ihn klar sei, vor diesem Zwischenausschuss erscheinen oder seine bedingte Weigerung aufrecht erhalten werde. Die Antwort des Kanzlers blieb in dem großen Saale unverständlich. In der Nähe des Reichskanzlers sitzende Parlamentarier wollten den Reichskanzler dahin verstanden haben, daß er auf diese Frage nicht antworten wolle, weil sie nicht zum Beweisthema gehöre.

Nationalsozialistische Wahlversammlung in München

Gegen Lohnabbau aufgrund der Notverordnung
 München, 28. September. In einer nationalsozialistischen Wahlversammlung am gestrigen Abend sprach der Landtagsabgeordnete und Gauleiter Adolf Wagner. Er erklärte u. a., auch in Bayern sei die Zeit längst reif, verfassungsmäßige Zustände zu schaffen. Die Nationalsozialisten würden mit allem Nachdruck ihr Recht entsprechend ihrer Parteistärke verlangen. Im Gau München-Oberbayern der NSDAP würde, wie der Redner sagte, in Zukunft jeder nationalsozialistische Arbeitgeber aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn er aufgrund der letzten Notverordnung verjüngen würde, die Löhne seiner Arbeiter zu kürzen, und

jeder nationalsozialistische Arbeiter habe die Pflicht, einen etwa wegen Lohnkürzung aufgrund der Notverordnung ausbrechenden Streik bis zum Außersten zu unterstützen. Zwischenfälle bei einer deutschnationalen Versammlung in Breslau

Breslau, 27. September. In einer deutschnationalen Versammlung, in der der Reichstagspräsident Graf über die Wahrheit der Reichstagsauflösung sprechen wollte, kam es zu stürmischen Szenen. Der Saal war voll besetzt, doch hatte sich eine große Anzahl politischer Gegner eingefunden. Die zahlreich anwesenden Nationalsozialisten überstürzten den Redner immer wieder durch Zwischenrufe und Absingen des Horst-Wessel-Liedes, worauf die Kapelle und die Parteifreunde wiederum mit Spiel und dem Gesang des Deutschlandliedes antworteten. Die Polizei griff immer wieder ein und entfernte die Zwischenrufer aus dem Saal. Auch vor dem Konzerthaus mußten starke Polizeikräfte für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen.

Geständnis eines vierfachen Giftmörders

Hogerswerda, 27. September. Der am 16. September unter dringendem Verdacht des vierfachen Giftmordes verhaftete Schuhmacher Just hat unter dem Druck des Beweismaterials eingestanden, seinen 61 Jahre alten Schwiegervater, seinen Schwager, dessen Ehefrau und deren sechsjähriges Söhnchen durch Arsenik umgebracht zu haben.

Churhill erneut erkrankt

London, 27. September. Churchill, der vor einiger Zeit während seines Urlaubs auf dem Kontinent an Paratyphus erkrankt war, hat jetzt einen Rückfall erlitten und mußte in eine Klinik übergeführt werden.

Selbstmord eines Wiener Großindustriellen

Wien, 27. September. Der Textilgroßindustrielle Felix Olat Parnegg hat sich heute nachmittag im Krematorium erschossen.

Ueber acht Millionen Mark Geldstrafen in einem Schmugglerprozeß

Essen, 27. September. Einen Schmugglerprozeß ganz ungewöhnlicher Art hatte die Essener Strafkammer zu verhandeln. Angeklagt waren 20 Personen, von denen aber nur 15 erkrankten waren. Die Angeklagten kommen aus Gelsenkirchen, Buer und Gladbeck und wurden zu insgesamt 8 1/2 Millionen Mark Geldstrafen und zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Monaten verurteilt.

Der Präsident des kubanischen Senates durch ein Revolverattentat getötet

Havana, 27. September. Basquez Bello, der Präsident des kubanischen Senates und Chef der Nationalliberalen Partei, wurde bei einem Revolverattentat schwer verletzt und starb im Krankenhaus. Dem unbekanntem Täter gelang es, zu entkommen.

Better für Donnerstag

Ein über Frankreich liegendes Regengebiet überquert Mitteleuropa. Bei westlichen Winden ist für Donnerstag kühleres, wechselland bewölktes, zu vereinzelten Nieselregungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lauk.

Enzklösterle.

Hochzeits-Einladung

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer
 am Samstag, den 1. Oktober 1932
 im Gasthaus zur „Krone“ in Enzklösterle stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

August Eisenhut
 Sohn des
 Friedrich Eisenhut
 Maurermeister

Friedrike Blaich
 Tochter der
 Friedrike Blaich Wwe.

Kirchgang 11 Uhr.

Am Freitag, den 30. September, bin ich wieder in Altensteig im Gasth. zum „Grünen Baum“ und Donnerstag in Freudenstadt Gasth. zum „König“ von 9-7 Uhr

Ohne Messer - Schönheitsfehler

entferntschmerzlos für immer ohne Farbenhaarverfärbungen, Hautermale, Leberflecken, Unien, Warzen, Pickel, Wimper, Wimperchen, Sommerprossen, Kopfschuppen, Haarausfall

Damenbart und alle lästigen Haare, Fühneraugenreizende erhalten endlich Hilfe durch erprobte und langbewährte Methode. Langjährige Tätigkeit.

Jean D. Haier, Stuttgart, Silberburgstraße 125 Silberburgstraße 125 Spezialistin für Kosmetik.

Bitte genau auf die Adresse achten! Bei mir werden Sie nur sachkundig und reell bedient. — Genaue Haare sind weg ohne zu färben durch denkbar einfachste Anwendung von Harbana (wurde mit der goldenen Medaille ausgezeichnet). Flecken und Mißfarben ausgeschlossen, auch gegen Schuppen u. Haarausfall garantiert unfehlbar. Glänzende Dankschreiben. Auskunft kostenlos.

Der neue amtliche

Saisensfahrplan

für Württemberg und Hohenzollern

Winterausgabe 2. Okt. 1932 bis 14. Mai 1933

Preis 50 ¢ liegt auf in der

Buchhandlung Kauf Altensteig u. Nagold

Saatbeizen

für Nass- u. Trockenbeizung

- Uspulun
 - Tillantin
 - Ceresan
 - Abarit
 - Germisan
 - Ratten- und Mäusegift
 - Raupenleim
 - und Gürtel
- empfiehlt

Schwarzwald-Drogerie

Fritz Schlumberger
 Altensteig, Telefon Nr. 50

LUGER

Neuer süßer
 Dürkheimer Feuerberg Liter 60 Pfd.
 süße Tafel- Trauben

Einen Wurf verschnittener, ans Pressen gewöhnte

Wiltz-Schweine

hat zu verkaufen.
 J. Mentzler, Heselbronn.

Omnibus-Verkehr

Donnerstag, 29. Septbr.
 Fahrt nach Stuttgart
 Abfahrt 7.30 Uhr.
 Fahrpreis Mk. 4.50
 für Hin- und Rückfahrt
 Anmeldungen im Gasthof „Grüner Baum“, Tel. 20.
 Omnibusverkehr
 Gebr. Klumpp, Batersbrunn SA. 2233.

Reinwollene Kleiderstoffe

einfarbig und gemustert von
 Mk. 1.20 an das Mtr.
 Christ. Schwarz
 Nagold, Bahnhofstr.

Rirsches Stahlgroßen

1. Abjaat, verkauft
 Feis Bäuerle, Zumweiler

Wir suchen eine Anzahl gut erhaltene

Militärmäntel

billig aufzukaufen.
 Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Von der einfachsten

bis zu der feinsten Arbeit

werden alle in Handel und Gewerbe, im amtlichen und privaten Verkehr vorkommenden Druckarbeiten tadellos und billig angefertigt von der durch ihre gediegenen Arbeiten bekannten

W. Rieker'schen Buchdruckerei

Inhaber L. Lauk, Altensteig
 Fernsprecher 11

Biehverkauf.

Von Donnerstag früh 8 Uhr ab steht ein großer Transport

erstklassiges Jungvieh

in meiner Stallung im „Deutschen Kaiser“ in Altensteig zum Verkauf und laube Kauf- und Tauschlehaber freundlichst ein



Mag Lemberger, Reginen.

Roten Troler Saatbinkel

2. Nachbau, hat zu verkaufen
 Georg Seeger, Ebershardt

Inferate

erbitten wir uns frühzeitig

Wer liefert

nicht vor 15. Oktober

2 Zentner gutes Mostobst

frisch vom Baum bei billigster Berechnung?
 Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle ds. Bl.

